

# Danziger Zeitung.

Nr 10632.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ritterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postamtsstellen des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserte kostet für die Zeitseite oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelte Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris 1. Novbr. In diplomatischen Kreisen verlautet, Mac Mahon habe dem Botschafter einer Großmacht gegenüber gewünscht, nur der Wille der Majorität des Senats, über den noch nichts Sichereres vorliege, könne ihn veranlassen, einen Versuch zu machen, durch die Bildung eines Cabinets aus den Reihen der Conservativen und Republikaner sich mit der Kammermajorität zu versöhnen.

London, 1. Nov. Der „Daily Telegraph“ erhält folgende Depesche aus Erzerum: Die türkische Armee zog sich gestern von Hassankale zurück. Die Arriéregarde, welche in Hassankale zurückgeblieben war, wurde während der Nacht durch eine beträchtliche russische Macht vollkommen abgeschossen, 2 Bataillone wurden gefangen genommen. Die Verluste der Russen sind unbedeutend. Die türkische Armee hat jetzt eine Defensiveposition bei Djeve-Bogun auf den Höhen östlich von Erzerum inne.

Petersburg, 1. Novbr. Offiziell wird aus Wissikö, 30. October gemeldet: Gestern traf aus Koprük die Meldung von General Heimann ein, daß seit dem 28. October seine Cavallerie vereinigt mit der Cavallerie Tergutassoff's die sich hinter Koprük zurückziehenden Truppen Muhtsar Pacha's verfolgt. Tergutassoff's Infanterie rückt vor, um sich mit der Colonne Heimann's zu vereinigen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Karlsruhe, 31. Oct. Nach den nunmehr vollständig vorliegenden Berichten über die Ergänzungswahlen zur Abgeordnetenkammer sind 27 Candidaten der nationalliberalen Partei, 5 Candidaten der ultramontanen Partei und ein demokratischer Candidat gewählt worden. Die Ultramontanen haben einen Sitz in der Kammer verloren.

Wien, 31. Oct. Auf indirektem Wege geht der „Pol. Corresp.“ aus Konstantinopel vom 30. d. die Nachricht zu, in der Regierung nahe stehenden Kreisen habe die bisherige zuverlässliche Stimmung den ernstesten Besorgnissen Platz gemacht; namentlich liegen die Meldungen aus Plewna die Möglichkeit einer Katastrophe näher gerückt erscheinen. — Aus Belgrad vom 31. d. wird der „Pol. Corresp.“ telegraphiert: In Folge einer Verlezung der Grenze am Timok durch Tschekken ist gestern die Gradister Brigade nach Saitschar abmarschiert. Mehrere hervorragende Chefs der bosnischen Insurgenten sind hier eingetroffen, um von der serbischen Regierung Unterstützung des Aufstandes in Bosnien zu verlangen.

Kopenhagen, 31. Oct. In der heutigen Sitzung des Folketing wurde seitens der Regierung die Erklärung abgegeben, die Annahme des von der Majorität des Finanzausschusses eingebrachten Antrages, betreffend ein provisorisches Finanzgesetz, könne nur bewirken, daß sofort ein neues Provisorium erlassen werde.

## Abgeordnetenhaus.

## 7. Sitzung vom 31. October.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Windthorst (Wepen): „Die Staatsregierung aufzufordern, ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß das mittelst l. Verordnung vom 7. Juli d. J. erlassene Pferdeausfuhrverbot baldigst aufgehoben werde.“ — Frenzel u. Gea. beantragen dagegen: „1. Zu erklären, daß das mittelst l.

## Parlow-Concerete.

Der königl. Musikkonservatorium Herr Parlow aus Stettin hat mit seinen im Saale des Schützenhauses veranstalteten Concerten die schönen Eindrücke aufgefrischt, welche zu wiederholten Malen das renommierte Orchester Bilse's aus Berlin auf die Danziger hervorbrachte. In der Art der Zusammensetzung des Orchesters nach Umfang und Trefflichkeit, aber auch in der ausgezeichneten Klangwirkung der vereinigten Elemente und in ihrer Ausgeglichenheit, dann in der musterhaften Präzision und in dem Nuancenreichtum der dynamischen Schattierungen, überhaupt in der Schlagfertigkeit und Virtuosität des imposanten Tonkörpers wird man lebhaft an die Productionen Bilse's gemahnt. Ein eigentlicher Vergleich soll damit nicht gezogen sein. Das Bilse'sche Orchester hat sich durch vieljähriges Zusammenspiel, dazu durch mancherlei Verhältnisse, wie sie die Neustadt gewährt, begünstigt, zu seiner jetzigen Höhe aufgeschwungen. Herr Parlow soll sich diesen Ruf erst erobern mit seinem seit ganz kurzer Zeit zusammengetretenen Wander-Orchester. Die Vorzüglichkeit der Leistungen läßt kaum daran glauben, daß dieses Orchester nur wenige Wochen unter seinem Dirigenten studirt hat, als Vorbereitung zu den eben begonnenen Kunstreisen. Daraus läßt sich sehr leicht der Schluss ziehen, daß Herr Parlow nicht nur vortreffliche Kräfte auszuwählen wußte, sondern daß er selbst auch die geeignete Persönlichkeit zur Leitung eines Orchesters ist, ausgestattet mit Kenntnissen, mit Energie und musikalischem Feingefühl. Es kann nicht fehlen, daß der Dirigent mit diesem Orchester jenen erwähnten Ruf in Kürze gewinnen wird, wohin er auch seine Schritte lenkt. So viel auch die beiden ersten Concerte, denen Referent beinhaltet, darboten an größeren und kleineren Instrumentalwerken, fast Alles kam nicht nur gelungen, sondern größtentheils meisterhaft zu

Verordnung vom 7. Juli d. J. erlassene Pferdeausfuhrverbot die einheimische Pferdezucht erheblich schädigt und die Wiederholung solcher Ausfuhrverbote in kurzen Fristen auch geeignet ist, auf die Dauer die Pferdezucht in einer das militärische Interesse an der inländischen Zucht benachteiligenden Weise zu beeinträchtigen.

Hierauf die Staatsregierung zu ersuchen, neue Erwägungen bei der Reichsregierung darüber zu veranlassen, ob die gegenwärtige politische Lage die Aufrechterhaltung des Ausfuhrverbotes zur Zeit noch rechtfertigt.“

Abg. Windthorst: Unser Antrag ist kein ultramontaner, sondern ein rein hanoverischer, hervorgerufen durch die vielfachen Klagen, welche ich in meiner Heimat über dieses Pferdeausfuhrverbot gehabt habe. Wenn Pferdehandel und Pferdezucht nur unter die politischen Gewänder gestellt werden, dann ist das ihr Nutzen. Sie kann dann nur so weit aufgedehnt werden, daß sie den Remontedebard der britischen Armee deckt. Die Zucht namentlich des edlen Pferdes wird dadurch durch den dazu erforderlichen bedeutenden Betriebsosten erheblich eingeschränkt und in Folge dessen auch die eigene Armee geschädigt. Man kann zugeben, daß eine derartige Maßregel ergriffen werden kann, wenn aus der Krieg erklärt oder mindestens in Sicht ist. Ist dies nicht der Fall, dann gibt ein solches Verbot weit über die Grenze hinaus, welche man bei der Beschränkung des Eigentums beobachten muss. Ob zur Fortdauer des Ausfuhrverbotes nicht die Zustimmung der betreffenden Vertretung nothwendig ist, diese Frage wird erst im Reichstage zu erörtern sein. Für heute genügt es mir, die Regierung zu sagen, daß ihr wiederholtes und für mich durch nichts motiviertes Ausfuhrverbot die Interessen der Pferdezucht tief schädigt.

Minister v. Kamefe: Als im v. J. Russland in die Lage kam mobil zu machen, erließ es unter dem 3. November ein Pferdeausfuhrverbot. Ungefähr nach 14 Tagen kamen in Österreich Verhandlungen auf, welche ebenfalls ein Pferdeausfuhrverbot zur Folge hatten. Durch diese beiden Verbote beschränkte sich der Markt für Militärpferde für diejenigen Staaten, deren Armeen noch nicht genugsam vorbereitet waren, oder die sich eventuell für eine Mobilmachung bereit machen wollten, vorzugsweise auf Deutschland. Schon damals mußte sich die Armeeverwaltung fragen, ob der deutsche Pferdestand diesen Markt ertragen könnte, ohne die Armeen in ihrer eventuellen Mobilmachung zu beeinträchtigen und ob es nicht Pflicht sei, das Pferdeausfuhrverbot für Deutschland zu beantragen. Die Militärverwaltung nahm damals Abstand hier von, einerseits weil sie Ausnahmenregeln nur dann für gerechtfertigt hält, wenn ohne sie ein unwiederbringlicher Schaden in Aussicht steht, andererseits weil die Ausfuhr von Pferden aus Deutschland sich grobenteils aus junge Zucht befürchtet. Meistentheils werden die ersten jungen Pferde oder Kurzpferde ausgeführt, Sorten, welche bald nicht augenblicklich für die Armeen brauchbar sind, so daß man voraussehen konnte: wenn die Ausfuhr und Einsicht statfindet, so wird sich der Bestand für die Mobilmachung nicht verringern und die Zucht hat den Vortheil, ihre jungen Pferde ausführen zu können. Wir beschlossen also lediglich, genau die Ausfuhr zu beobachten und den Moment zu fassen, in welchem für den Bestand von Kriegspferden eine Gefahr vorhanden sein würde. Im Juni d. J. kam uns nun positiv zur Kenntnis, daß von Ausländer an deutsche Händler die Auflösung gestellt wäre, 27-30.000 volljährige, kriegsbrauchbare Pferde in kürzer Frist zu liefern. Wäre diese Bestellung ausgeführt worden, dann wäre allerding die vollständige Mobilmachung unserer Armeen für den Augenblick in Frage gestellt weien. Die Militärverwaltung sah sich also verauslast, ein Pferdeausfuhrverbot zu beantragen. Das Verbot wurde unter dem 7. Ju d. J. erlassen. In dem § 2 der Verordnung ist dem Reichskanzlerante die Ermächtigung erteilt, Ausnahmen von diesem Verbot zu gestatten und die erforderlichen Controllmaßregeln zu treffen. Die Ermächtigung hat das Reichskanzleramt in der liberalsten Weise bemüht. Es geht dies so weit, daß die Zahl der ausgeföhrten Pferde in den letzten 3 Monaten sich auf nahezu 7000 beläuft, während in den früheren Jahren die Ausfuhr, soweit wir

sie kontrollieren können, kaum erheblicher gewesen sein mag. Die Wirkung des Pferdeausfuhrverbots ist also nur die Verhinderung einer übermäßigen Ausfuhr volljähriger, kriegsbrauchbarer Pferde. In diesen Augenblick und vielleicht auch in längerer Zeit, so lange eine Mobilmachung möglich sein kann, brauchen wir diese Wirkung noch. Darum möchte ich Namens des Regierung das Haus bitten, den Antrag Windthorst abzulehnen.

Abg. Frenzel: Schon die letzten Monate ergeben einen bedauerlichen Rückgang im Pferdehandel. Der Händel handel in der Provinz Preußen (der für den Pferdehandel der ganzen Monarchie von höchster Bedeutung ist, denn die Füllen geben nach anderen Gegenden, um dort aufgezogen und weiter verkauft zu werden; wenn aber die alten Pferde nicht verkauft werden, so ist auch kein Nachschub nötig) ist so vermindert, daß in Gumbinnen zur Marktzeit statt 220 Achsen, wie im Vorjahr, nur 146 Achsen beladen werden können. Es sind so viel 2jährige Pferde aufgetrieben worden, wie noch niemals. Die litauischen Gestüte, die bisher noch Überflüsse ergeben haben, werden bald zurückgehen. Redner selbst hat Pferde nach Russland ausgeführt; es kostete nur die Telegraphengebühren von vielleicht 2 A., um dazu die Erlaubnis zu erhalten; aber vom Träger bestellt ist nicht ein einziges Pferd ins Ausland gegangen, weil die Händler sich vor dem Ausfuhrverbot fürchten. Die Preise waren infolge dessen sehr gebrückt, und es liegt z. B. ein 5jähriges kräftiges Pferd für 65 Thlr. wes, weil der Besitzer noch zwei 2jährige Pferde zu Hause stehen hatte und das Pferd um jeden Preis verkaufen musste. Das russische Pferdeausfuhrverbot ist, wie alle russischen Gesetze, nur dazu erlassen, um umgangen zu werden. Der Osten Preußens ist mit russischen Pferden überfüllt; sie waren in Russland für Kriegszwecke de signiert, aber die Preise waren so niedrig normiert, z. B. ein Artillerie-Zugspferd zu 120 Rubel, daß die Besitzer es vorzogen die Pferde über die Grenze zu schmuggeln; für die guten Pferde wurden schlechte eingestellt, das gleicht sich ja in Russland leicht an. Nun sollen Händler den Auftrag erhalten haben 20-30.000 Pferde für das Ausland aufzukaufen; für welches Ausland ist nicht gesagt. Russland kann es wohl nicht sein, denn ein Staat, der sich zu Hause so wohlfeile Kriegspferde verschaffen kann, wird wohl nicht ins Ausland gehen, wo er viermal teurer kann. Also die Händler sind mystifiziert oder haben mystifiziert, oder es haben auch gewisse Beamte, die bei den Händlern zu verlegen begonnen, mit denselben einen so ganz widerstrebenden Vertrag abgeschlossen. Wenn ein Pferdeausfuhrverbot notwendig ist im Interesse der Wehrmacht ihres Landes, dann werden die Preußen jedenfalls nicht klagen. Aber auch wenn 20.000 Pferde aus dem Lande gegangen wären, käme die Militärverwaltung doch nicht in Verlegenheit. Das geht daraus hervor, daß der Chef des Remontewesens im vorigen Jahre erklärt hat; er bedauert, daß das kleine Kriegspferd aus Ostpreußen immer mehr verschwindet. Warum verschwindet es aber? Weil jetzt in Folge der verbesserten Zucht schon bessere Pferde angeboten werden und das ostpreußische Pferd zu entbehren ist. Jedenfalls kann die Provinz Preußen Pferde soviel Pferde stellen, als von ihr verlangt werden. Aber weil die Lage Preußens so ausgegliedert ist, daß bei einer nur vierwöchentlichen feindlichen Besetzung alles Zuchtmaterial verschwinden würde, müßten auch die andern Provinzen zur Zucht angreift werden. Die Pferdezucht wird durch das Verbot geschädigt, aber ob es aufgehoben werden kann, gehört nicht zur Kompetenz des Landtages, sondern zu der des Reichstages. Die Staatsregierung möge die Frage in nochmalige Erwiderung ziehen, ob nicht die befragten Regierungen zu Bündnisse verschwunden sind. Ruhiger und bevorneuer kann kein Antrag sein, als der vorliegende.

Abg. v. Soden (Tarpuztchen): Der Kriegsminister hat aus den Erwägungen des Staatsministeriums mitgetheilt, daß die Ausfuhrverbote Russlands und Österreichs den Anlaß zum deutschen Ausfuhrverbote gegeben haben. Aber der Vorredner hat schon gesagt, daß aus russischen Pferden ein bedeutender Theil des Pferdebedarfs des preußischen Heeres gestellt werden

kann. Hat denn der Kriegsminister nachforschen lassen, ob nach Abzug der 20-30.000 Pferde ein ungenügender Bestand verbleiben würde? Wenn sich da ergäbe, daß der Pferdebestand für das Heer nicht ausreiche, dann war ein solches Verbot nicht nur ratsam, sondern selbstverständlich. Aber jetzt dürfte eher eine Überproduktion an Pferden vorhanden sein, als ein Mangel.

Abg. v. Köller: Ein sich mehrfach wiederholendes Ausfuhrwerk führt die Pferdezucht erheblichen Schaden zu. Aber hier tritt die militärische und diplomatische Seite der Frage in den Vordergrund, und die Erwägungen in dieser Beziehung sind so diffizil, daß wir sie hier nicht machen können. Ob augenblicklich ein Krieg in Aussicht ist oder nicht, davon hängt die Entscheidung nicht ab; das Verbot wird auf mehrere Jahre, und ob in diesem Zeitraum ein Krieg in Aussicht ist, kann die Regierung besser beurtheilen als wir. Ich bitte Sie also beide Anträge abzulehnen.

Minister v. Kamefe: Den Abg. v. Soden will ich nur darauf aufmerksam machen, daß periodisch allgemeine Pferdemusterungen in Preußen und im Reich gehalten werden. Aus diesen wird festgestellt die Zahl sämtlicher Pferde, die Zahl der kriegsbrauchbaren und endlich die Zahl der auf die Armeecorps zu reparairen den Pferde. Das Staatsministerium wird die Sache stets im Auge behalten, und sobald es zur Überzeugung gelangt ist, daß das Verbot nicht mehr nothwendig ist, wird es dasselbe aufheben.

Abg. Graf Bethuys-Huc beantragt: „In Erwägung, daß nach der Erklärung der Regierung 1) eine Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots in diesem Augenblick mit den allgemeinen Staatsinteressen nicht vereinbar ist, dagegen 2) die thunlichste Berücksichtigung der Interessen der inländischen Pferdezucht zur Zeit gelingt und für die Zukunft zugesagt wird, bemüht 3) die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbots in stärker Aussicht ist, sobald die allgemeinen Interessen des Staates dies zulassen, über die beiden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.“

Abg. Diriglet: Ein Pferdeausfuhrverbot ist kein Mittel zu diplomatischen Pressionen, dazu gibt es andere Mittel, wie Krieg-in-Sicht-Artikel und dergl. Für das militärische Interesse aber kann die letzte Musterung kaum mehr maßgebend sein, sie ist zu alt. Jedenfalls dürftet es sich mehr empfehlen, eine Musterung ab hoc vorzunehmen, als ein Verbot zu erlassen; ähnlich ist schon 1866 der Oberpräsident von Preußen verfahren, als bei ihm Zweifel über den Pferdebestand der Provinz auftauchten. Die Interessenten würden sich lieber der Unbequemlichkeit einer Musterung unterwerfen, als daß das Verbot dauernd bestehen sollte. Jedenfalls hat die Regierung den Nachweis zu führen, daß im Falle der Mobilmachung nicht genug Pferde vorhanden sind, ehe sie in den normalen Zustand mit anomalen Maßregeln eingreift. (Sehr richtig.)

Abg. Graf Bethuys-Huc glaubt, daß ein solcher Nachweis zu den Dingen gehört, in denen die Regierung das Vertrauen der Landesvertretung erwarten muß; er beklagt die Notwendigkeit des Verbotes mit dem Abg. Frenzel, kann sich aber seinem Antrage nicht anschließen, weil er entweder gar nichts sagt, oder ein Misstrauensvotum enthält. (Widerspruch)

Abg. Seydel: Der Bedarf für eine Mobilmachung kann zur Hälfte aus dem gedeckt werden, was das russische Verbot über die Grenze getrieben bat. Das in dem Antrage Frenzel ein Misstrauensvotum liegen soll, ist etwas ganz Neues; die Form des Misstrauens wäre doch neu. Redner bittet den Antrag anzunehmen, damit die Interessenten sehen, daß man sie hier nicht vernachlässigt.

Abg. Bender: Wie lange soll denn das Verbot bestehen? Eine Mobilmachung ist doch alle Augenblicke möglich, und wir in Preußen haben kein Kapital, Pferde auf Lager zu halten. Es ist auch gar nicht wahr, daß man die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde nach der Musterung berechnen muß. Von 120 Pferden werden vielleicht 25 als brauchbar bezeichnet, weil man eben nicht mehr braucht; aber von den übrigen sind noch eine ganze Anzahl eben so tüchtig wie die 25 ausgemusterten.

Abg. v. Benda bittet den Abg. Grafen Bethuys-

steigert haben. — Als ein pikantes, charakteristisches Stück, von einem gewissen orientalischen Duft, ist noch der Lichtertanz der Bräute von Kasimir aus der Rubenstein'schen Oper „Feramor“ hervorgehoben, zugleich als Glanghat des Orchesters im kleineren Genre.

Im zweiten Concerte, das nur schließlich durch eine gar zu lange Dauer ermüdet und deshalb von vielen Hörern, zu denen auch Referent gehörte, bereits nach dem zweiten Theile verlassen wurde, gab es auch einige kleinere brillante Cabinetstücke, die das Publikum durch die Schlagfertigkeit und das Feuer der Ausführung förmlich elektrisierten, so die beiden von Herrn Parlow höchst brillant instrumentirten ungarischen Tänze von Brahms, dessen zweiter einen stürmischen Da Capo-Auf fand, und die originelle ungarische Rhapsodie von Liszt. Der Classicalität wurde in der Mendelssohn'schen Hebriden-Ouverture, die vortrefflich zusammenging, Rechnung getragen, dann in der durch Beethoven'sche Motive in die klassische Rubrik rangirende Beethoven-Ouverture von Lassen. In Herrn Krethlow, der das Goltermann'sche A-moll-Concert vortrug, lernten wir einen tüchtigen Violoncellisten von hübschem, gesangvollem Ton und namhafter Fertigkeit kennen. Herr Beck zeigte sich in Variationen von David (über Beethoven's „Sohnschaftswalzer“) hervorragend als Virtuose auf der Clarinette und ansprechend durch reinen, sehr angenehmen Ton. Dasselbe gilt von Herrn Unger, der mit einer Piece von Briccialdi als Flötist reüssirte.

Der Besuch des ersten Concerts war leider ein sehr schwacher, dagegen zeigte sich der Saal gestern ansehnlich gefüllt. Wir verdanken Herrn Musik-Director Parlow einen reichen und schönen Gesang. Wenn er mit seinem trefflichen Orchester unsere Stadt wieder besucht, so kann er der herzlichsten Begrüßung und lebhaftesten Theilnahme sicher sein.

M.

Gehör. Dabei hatte man seine Freude an dem reinen und schönen Klangmaterial aller Instrumente. Das statliche Contingent der Streichinstrumente spendete eine Fülle von Wohlklang, Kraft und Zartheit. Das bewegliche Figurenspiel im raspielen Tempo wurde mit bewundernswerter Einnahmigkeit ausgeführt, während der süßquellende Gesang der Geigen in solcher Fülle von wahrhaft reizender Wirkung war. Von gleicher Güte sind namentlich die Holzblasinstrumente, die Blöten, Oboen, Clarinetten, die zum Theil sich in den Händen bedeutender Solisten befinden, von denen auch einige in Virtuosenstücken excellirten. Den Blechinstrumenten, die übrigens mit nie fehlender Präzision wirkten, möchte man im brausenden Fortissimo etwas mehr Enthaltsamkeit wünschen. An dem Virtuosenorchester Bilse's ist auch die Ausstellung zu machen, daß es nach dieser Seite hin zu sehr einen gewissen militärischen Glanz zur Schau trägt, der sich mit symphonischen Werken nicht ganz vereinen läßt. Das Parlow'sche Orchester ist auch im Besitze eines noch sehr jugendlichen, aber bereits ausgezeichneten Harfenisten, des Herrn Deyerling, welcher unter den Solisten, des beiden Abenden den Preis davon trug, wenigstens was die Summe des gespendeten Beifalls betrifft.

In der Spize des ersten Concertes stand eine sehr interessante Novität, eine Sinfonie in 5 Sätzen von C. Goldmark, betitelt: „ländliche Hochzeit“. Dasselbe Werk kommt in diesen Tagen noch einmal durch unser einheimisches Orchester zur Aufführung. Wir haben es hier mit Programmusik in neuem Stile zu thun, die aber, unbeschadet einer nicht gewöhnlichen Erfindungskraft des Komponisten, nicht selten auf die Weise Robert Schumann's hinweist, was dem Werke durchaus nicht zum Nachteil gereicht. Von der üblichen Form der Sinfonie weicht Goldmark hauptsächlich darin ab, daß sein erster Satz ein Thema (Hoch-

Huc, seinen Antrag zutheilen, da er und viele seiner Freunde gewillt seien, für denselben mit Auschluss der Nr. 1 zu stimmen. — Abg. Graf Bethusy-Huc zieht diesen Theil seines Antrages zurück. — Auch aus dem Centrum ergibt eine Anfrage, ob die Fortschrittspartei ihren Antrag zutheilen geneigt sei. Der Abg. Frenzel antwortet mit einem entschiedenen Nein und diesem Umstande ist das schließliche Resultat, das Abwerten aller Anträge anzuschreiben.

Abg. v. Schorlemer-Alst bedauert, daß die Fortschrittspartei sich nicht zu einem energischen Vorgehen entschließen könne. Auf den Standpunkt des beschränkten Unterthanenverstandes, daß nur die Regierung drittligigen Entscheidungen und beurtheilen könne, könnte er als Vollsvertreter sich nicht stellen. Wenn es so weiter gehe, könne man schließlich dahin kommen, daß die Armee nicht einmal das zum nothwendigen Bedarf Gehörige finde. Im Jahre 1875 habe v. Soden die Aufhebung eines gleichen Verbotes beantragt. (Abg. v. Soden: Im Reichstag) Gehört etwa ein besonderer Verstand für den Reichstag, und ein anderer für den Landtag? (Ruf links: Das liegt in der Kompetenz) Sodann habe das Haus das Recht, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Bei der Abstimmung wird die motivirte Tagesordnung des Grafen Bethusy-Huc mit Begehung des ersten Erwägungsgrundes nach Probe und Gegenprobe gegen eine sehr starke Minorität abgelehnt. Dafür stimmen die Freiconservativen und fast sämmtliche Nationalliberale, von denen sich u. A. Blehn, v. Bunsen und Schulz trennen, um für den folgenden Antrag Frenzel zu stimmen; dagegen die Conservativen, das Centrum und die Fortschrittspartei. Der Antrag Frenzel wird ebenfalls, wie die Zahlung ergiebt, mit 163 gegen 138 Stimmen abgelehnt, da das Centrum gegen ihn stimmt. Schließlich wird auch der Antrag des Centrums abgelehnt, obwohl die Fortschrittspartei für ihn stimmt, so daß auch diese Diskussion ohne Resultat schließt. Die Conservativen stimmen gegen alle Anträge.

Der Antrag v. Kleinsorgen, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen den Abg. Franz wird an die Geschäftskommission, der Gesetzentwurf, betr. den Rechtszustand des fürtlichen Hauses zu Bentheim-Tieckenburg bezüglich der Herrschaft Rheda und der Grafschaft Hohen-Limburg an eine Commission von 14 Mitgliedern und die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1874, sowie die Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatschafes für dasselbe Jahr wird an die Rechnungskommission verweisen.

Erste Berathung der Uebersichten von den Staatsentnahmen und Ausgaben des Jahres 1876 und 1877. Abg. Richter empfiehlt ihre Verweisung an die Budget, statt wie sonst üblich an die Rechnungskommission.

Abg. Richter: Die Ergebnisse der Finanz-Beratung pro 1876 sind allerdings so interessant, daß ich die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Art lenken muß, wie man einen Überschuss von 21 Millionen Mark, noch 5 Millionen mehr als 1875, erzielt hat. Beispielsweise hat man 3 Millionen bei den Erneuerungsfonds der Eisenbahnen erpart. Ich erhebe nicht den Vorwurf, daß man die ordnungsmäßige Erneuerung an sich unterlässe; man hat nur konkurrierende Fonds aus Anleihen voll ausgenutzt und die Ersparnisse dem laufenden Etat zu Gute kommen lassen. Man hat beim Extraordinarium der Eisenbahnen das aus dem Vorjahr noch von Mitteln der französischen Kriegscontribution erbrachte, 3 Mill. erpart und dadurch diesen Theil der französischen Kriegs-Contribution unmittelbar flüssig gemacht für die laufende Verwaltung. Eine Privatbank, welche nach dieser Methode Einnahmen und Dividenden berechnete, würde vom Minister Achenbach die höchsten Ordnungsstrafen und schärfsten Restriktive erfahren. Wenn ich sage, daß ich die Nichtanwendung des Minister Achenbach bedauere, so würde ich mehr höflich als ausrichtig sein. Ich gönne ihm nach seiner gestrigen großen Niederlage einige Tage Ruhe. Nachdem er gestern geplagt hat, doch zu Ross die nationalliberale Partei zum Sturmangriff gegen die Fortschrittspartei zum Angriff auf sie gerichtet hat, ist er mit seiner Begründung der vernichtenden Kritik des Abg. Miquel derart anheimfallen, daß ich ihn so kleinlaut wie gestern am Schlus noch niemals gesehen. Man hat Einnahmen aus der Berliner Stadtbahn, die doch bis jetzt nur einreist, nichts einnimmt, unter den Einnahmen zu Gunsten der allgemeinen Fonds verrechnet. Es sind dies Einnahmen aus Bauzinsen, welche nach dem Stadtbahngesetz zur Verminderung der Ausgaben für den Bau im Gegenrechnung hätten gestellt werden müssen. — In meiner Berwunderung hat man 4 Mill. A. bei dem Etat des Cultusministeriums erpart; nur eine halbe Million hängt hierzu mit dem Cultuskampf zusammen. Die hier in Rede stehende 4 Mill. Ersparnisse fallen fast ausschließlich auf das Unterrichtswesen. (Hört.) Bei den Universitäten sind es einige hunderttausend A., eben so viel bei dem Fonds zur Erfüllung des Normalen der Gymnasiallehrer. Bei den Kosten der weitschiffen Schulaufsicht ist es eine halbe Million. Sodann hat man zwei Millionen am Elementarwesen erpart, für die Errichtung neuer Schulstellen sind alljährlich 192.000 Mill. ausgelegt; erpart sind in diesem Jahre 1.300.000 (hört). Der Etat hat alljährlich mit diesem Fonds paradiert: wenig oder nichts ist daraus ausgegeben worden, bis jetzt der Finanzminister die angehäuften Restfonds auf einmal einzichtet, was ich ihm von seinem Standpunkt aus gar nicht übel nehme. Fehlt es etwa dem Minister Falk an Fliß und gutem Willen, das Geld zu verwenden? Durchaus nicht. Man hat die Fonds nicht ausgeben können, weil es an den organischen Zwischenligiern zur Verwendung im Lande fehlt und weil trotz der Klassenüberfüllung und den weiten Wegen bei den Elementarschulen auf dem Lande die Lehrkräfte für neue Schulstellen fehlen. Diese aber fehlen, weil kein Unterrichtsgesetz die äußere Stellung der Lehrer genügend sichert. Der Erlös eines Unterrichtsgesetzes steht jetzt in derselben blauen Ferne, wie der Erlös einer neuen Landgemeindeordnung. Ohne neue Landgemeindeordnung gibt es kein neues Unterrichtsgesetz. Wir schreiten überhaupt in der organischen Gesetzgebung nicht vorwärts. Zu diesen Uebersichten zurückkehrend, mache ich mich anhieschig, je nach Bestellung des Hauses unter gleicher materieller Verwaltung Finanzergebnisse zu erzielen, gut, schlecht oder ziemlich gut (Heiterkeit), je nach der verschiedenen Buchungsmethode. Es soll noch schwieriger zu erkennen sein, als hier. (Große Heiterkeit). Wohl haben wir einen spezialisierten Etat; dagegen fehlen sechs Begriffe für das, was „Ersparnis“, „Restausgabe“, „Übertragbare Fonds“ bedeutet. Die Auslegung der Begriffe ist in den verschiedenen Restfonds verschieden und wechselt von Jahr zu Jahr im Allgemeinen. Vergeßlich haben wir bisher im Etat selbst diese Begriffe fixiren wollen, sind aber mit der Vertrüfflung abgewichen worden, daß ein besonderes Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben die Materie regeln werde. Trotz allen Entgegenkommens sind wir von dem Zustandekommen dieses Gesetzes entsternt als je. Ein Jährling wollen wir noch warten; dann wird die Angriffsfläche, um mit Herrn Friedenthal zu sprechen, größer sein, weil es dann aller Welt klar liegen wird, wie sehr das wirtschaftliche System im Handelsministerium die soliden Grundlagen der preußischen Finanzen zu erschüttern beginnt; dann werden wir auf die Regelung festen Begriffe im Etat zurückkommen, sei es Herrn Achenbach oder seinem Nachfolger gegenüber.

Geb. Ober-Finanzrat Scholz: Was die gegen die Unterrichtsverwaltung erhobenen Angriffe betrifft, so schreiben sich die gemachten Ersparnisse allerdings zum Theil aus den Maigesetzen her, indem nach dem Sperrgesetz vielfach Leistungen eingestellt worden sind. Die Ersparnisse bei den Universitäten erklären sich daraus, daß alle vacante Professuren als Ersparnisse an persönlichen Ausgaben zur Staatskasse berechnet werden. Bei dem Titel „Zur Errichtung neuer Schulstellen“ haben sich Ersparnisse ergeben, weil es aus Mangel an geeigneten Kräften unmöglich war, die ausgeworfenen Summen zu verwenden und diese Ersparnisse haben sich von Jahr zu Jahr angestellt, so daß endlich in der gegenwärtigen Rechnung ein Posten von 1304.000 A. für dessen Verwendung in nächster Zeit keine Aussicht ist, vom Etat abgezogen werden ist. Im Uebrigen ist die Hauptersparnis bei den Kreis Schulinspektoren gemacht; nicht weil die ausgeworfenen Summen nicht nötig gewesen wären, — im Gegenteil ist in diesem Jahr eine Verstärkung des Titels in Aussicht genommen — sondern weil die Stellen nicht alle besetzt waren. Bei den Schullehrerseminarien ist eine halbe Million gelhart worden, weil von den neu einzurichtenden Seminarien, für die im Etat der ganze Jahresbetrag stand, einige erst im Laufe des Jahres eröffnet wurden. Daß der Finanzminister etwa in diesem Jahre ein ungewöhnliches Verhältnis eingeschlagen hätte, um das vorliegende Resultat zu erzielen, muß ich bestimmt in Abrede stellen. Wenn die Abweichungen der wirklichen Ergebnisse der Verwaltung von der Staatsaufstellung diesmal zufällig etwas größer sind als im Vorjahr, so bleiben sie dafür erheblich hinter der des Jahres 1874 zurück.

Ministerialdirector Weishaupt: Ich nehme an, daß das Haus die Vorlagen der Budgetcommission überweisen und damit der Eisenbahnverwaltung Gelegenheit geben wird, gegenüber den erhobenen Beschwerden ihr Verfahren als ein vollständig correctes darzulegen. Ich protestire heute nur gegen die Insinuation, daß die Eisenbahnverwaltung aus Anleihemitteln Verwendungen hätte eintreten lassen, die aus dem Etat hätten bestritten werden sollen. Wir waren so sorgfältig wie immer in der Unterscheidung zwischen Oberbau und Betrieb, schwerlich wird man hier der Regierung einen Fehler nachweisen können. Man sagt beim Extraordinarium seien 2 Mill. Mt. erpart, da das dasselbe aber im Ganzen nur 3.639.000 Mt. betrug, so hätten wir nach jener Meinung fast das Ganze erpart. Dies ist aber nicht der Fall. Es läßt sich gar nicht übersehen, ob überhaupt an den Beträgen pro 1876 Ersparnisse gemacht worden sind. Die Ersparnisse beziehen sich auf die gesammelte aus den Vorjahren vorhandene Summe von 32 Millionen und nicht nur auf das Jahr 1876. Wenn bei dem Posten für Vermehrung der Betriebsmittel auf den Eisenbahnen 1.048.600 A. erpart sind, so liegt das nicht daran, daß wir die geplante Vermehrung nicht ausgeführt haben, sondern in dem Heraufgehen der Preise gegen das Jahr 1872/73. Daraus kann doch der Regierung kein Vorwurf gemacht werden.

Abg. Birchow legt großen Wert darauf, daß die Prüfung der Uebersichten in der Rechnungs- und nicht in der Budgetcommission vorgenommen werde, die dazu viel zu groß sei und nicht die nötige Ruhe habe.

Abg. Richter: Ich hätte nicht gehabt, daß aus der Frage der geschäftlichen Behandlung der Vorlage in solcher Streit zwischen den Commissionen entstehen würde. Ich war für die Verweisung an die Budgetcommission aus dem sachlichen Grunde, weil für uns ein großes Interesse vorliegt, die Ergebnisse der Vorjahre mit dem neuen Etat zu vergleichen, id. wäre aber auch die Verweisung an die Rechnungskommission nicht bedauern, zumal ja der Abg. Birchow hieraus förmlich eine Kabinettfrage gemacht hat. Jedendfalls ist eine genaue Prüfung der Vorlage nötig. Was für ein Bild hat uns nicht der Abg. Richter in den grössten Farben entworfen! Im Lande muß man wirklich den Eindruck haben, als würde die Verwaltung des Staates nicht dem Budgetgesetz gemäß geführt würden vom Hause bewilligte Gelder nicht für ihren Zweck verwendet, sondern absichtlich bei Seite gelegt, als würden beispielweise vom Cultusminister die für die Elementarlehrer bewilligten Summen zurückgehalten, während doch nur neue Lehrerstellen aufgebaut sind, weil es unmöglich war, sie zu besetzen, da es an Männern dazu fehlte. Das nicht zur Verwendung gekommene Restfonds eingezogen werden, ist doch ganz correct. Wir haben also keine Veranlassung die Finanzverwaltung der Regierung zu brandmarken, sondern vielmehr sie zu unterstützen. Was die Eisenbahnverwaltung anlangt, so wünsche ich auch eine nähere Erörterung darüber, jedoch nur um meine Freude darüber auszusprechen, daß man den Eisenbahnen nicht so sehr zum Anschwellen gebracht hat.

Auch Windthorst (Meppen) erklärt sich für die Prüfung der Vorlage in der Rechnungskommission als das einzige Richtige, will das Urteil über die Uebersichten Richters einstweilen suspendiren, verwarf sich aber schon jetzt gegen die von ihm eröffnete Ansicht, daß die in Folge der Maigesetze gemachten Ersparnisse eine anderweitige mögliche Verwendung finden sollten.

Abg. Richter (Hagen): Die scharfe Anbeschuldigung der Finanzergebnisse pro 1876 ist die Vorbedingung einer richtigen Behandlung des neuen Etats. In keinem Punkte hat man mich berichtig. Abg. Richter hat sich zwar Mühe gegeben, die Regierung zu decken, aber nur indem er mir Aussprüche in dem Mund legte, gegen die ich mich von vornherein ausdrücklich verwarb, um solche wohlfeile Vertheidigung der Regierung abzuzeichnen. Nicht Vernachlässigung der Pflichten gegen die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Eisenbahnbetriebes habe ich der Regierung vorgesetzt in Bezug auf die Erneuerungen, sondern nur die Verweisung der Ersparnisse auf laufende Fonds statt auf Anleibefonds. Man hat aus laufenden Mitteln für die Eisenbahn nicht so viel erneuert wie der laufende Betrieb aus vorhandenen Kapital zerstört. Privatbahnen würde das nicht gestattet werden. Man hat für laufende Fonds mehr vereinbart aus dem Etat für auswärtige Betriebsmittel und Inventarientücke als man aus laufenden Fonds für die Erneuerung der Betriebsmittel verwendet hat. Das ist allerdings der Anfang eines gewissen Raubsystems. Aufknüpfend an den Überhöhung von 21 Millionen habe ich allein bei den Eisenbahnen 6 Millionen nachgewiesen, welche nur aus verminderter Kapitalanlage gegen den Etat erpart sind. Bei dem Fonds zur Verbesserung der Professorengehälter hat man unter Einsicht von Resten mehr erpart, als der etatmäßige Jahresfonds beträgt. Dem Cultusminister habe ich nicht Mangel an gutem Willen vorgeworfen, sondern die Hindernisse betont, die in dem fehlenden Unterrichtsgesetze für die Verwendung der Fonds liegen. Ausdrücklich habe ich nicht von dem Bevölkerungsverbesserungsfonds der Elementarlehrer — wo man die aufgesammelten Ersparnisse vielleicht im nächsten Jahre einzicht — sondern von dem Fonds für Errichtung neuer Schulstellen gesprochen. 21 Millionen beträgt der Überhöhung; über 10 Millionen Ersparnisse darunter habe ich heute meine Kritik einstweilen eröffnet. Von Ersparnissen aus dem Cultuskampf kam hier von nur eine halbe Million in Frage. Allerdings können die übrigen, hier nicht verrechneten Ersparnisse derart nur nach besonderer gesetzlicher Bestimmung verwendet werden. Die Finanzlage legt die Frage nahe, sie bei den großen Anforderungen für Unterrichtswesen und Erziehung der Volksbildung mit zur Verwendung zu ziehen.

Ministerialdirector Weishaupt bestreitet die Behauptung des Abg. Richter, daß alle seine Aus-

führungen von der Regierung unwiderlegt geblieben seien, und verlangt von demselben den Nachweis, daß an irgend einer Stelle der preußischen Staatsbahnen eine notwendige Erneuerung unausgeführt geblieben sei.

Minister Achenbach: Ich bedaure, daß ich verhindert war, während der Rede des Abg. Richter im Hause anwesend zu sein. Wenn er glaubt, daß meine Abwesenheit eine Folge meiner gestrigen Niederlage gewesen sei, so irrt er. Ich habe aus der gestrigen Verhandlung die Überzeugung schöpft, daß das vorgelegte Gesetz in dieser Session zum Abschluß gelangen wird. Im Uebrigen wird es ja dem Abg. Richter an anderen Gelegenheiten nicht fehlen, persönliche Angriffe gegen mich zu machen.

Abg. Schröder (Lippstadt): Der Abg. Richter hat behauptet, daß die Rede des Abg. Richter geeignet gewesen sei, einen falschen Eindruck zu machen. Bei mir war das nicht der Fall; ich habe vielmehr den Eindruck gehabt, daß die Richter'sche Rede den Sinn der Richter'schen falsch wiedergegeben hat. Keineswegs hat der Abg. Richter der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie überhaupt Ersparnisse gemacht hat — das wäre bei diesen Zeiten nur lobenswerth, sondern daraus, daß diese Ersparnisse im Eisenbahnbetrieb eigentlich gar nicht vorhanden sind, sondern nur durch künstliche Rechnungsmanipulationen scheinbar im Etat auftreten. Er hat daraus dem Cultusministerium einen Vorwurf gemacht, daß es jahrelang große Posten gefordert und, da es sie nicht verwenden konnte, aufgehoben hat, so daß der Finanzminister sie jetzt plötzlich einzahlen kann. Das ist alles thatsächlich richtig. In der Schulaufsicht, sowie im Etat des Cultusministeriums besteht bei dem Mangel eines Unterrichtsgesetzes ein wahres Chaos; daß wir aber ein solches Gesetz noch nicht haben, daran sind Sie selbst schuld. Wenn Sie Willkürgesetze beschließen, wonach 14.000 akademisch gebildete Beamte auf den Wirk des Ministers amovibel sind, dann können Sie sich nicht wundern, wenn der Minister sich in dieser Art nicht als Dictator gefällt und nicht geneigt ist, sich durch das Unterrichtsgesetz Beschränkungen aufzlegen zu lassen. Verweigern Sie deshalb im nächstjährigen Etat die Position für Schulaufsicht und geben Sie damit zu erkennen, daß unsere bisherige geistige Schulaufsicht vorzüglich war und daß dafür im Lande durchaus kein Ersatz zu schaffen ist. Der Regierungskommissar hat mit Recht von der Stadtbahn nicht geworben; da mir über dieses Unternehmen so viel eigenhändliche Mitteilungen vorliegen, so gross & in detail zugegangen sind, so werden wir uns darüber noch an anderer Stelle eingehend unterhalten.

Ministerialdirector Weishaupt verweist auf die bevorstehenden Berathungen der Budgetcommission, wo er der Regierung gelingen werde, sich in Bezug ihres Verfahrens bei der Stadtbahn in gros und en detail zu reinigen. Die von der Actiengesellschaft der Stadtbahn dem Staate für sein Kapital gezahlten Bauzinsen müßten doch irgendein etatsmäßig zur Ersparnis kommen; und das geschehe an der vom Abg. Richter angegebenen Stelle.

Abg. Richter (Hagen) stellt in Abrede, daß er persönlich Angriffe gegen den Handelsminister, dessen Person ihn nicht interessiert, gerichtet habe; wohl sei das geschehen gegen den Verwaltungsrat und die Untergesetzgebung, die er noch öfter berichtigte. In Bezug der Hoffnungen des Handelsministers bestätigt der Weisungsvorwurf, der Handelsminister sich ebenso täuschen wie gestern sein hoher Mut unmittelbar vor dem Fall der vernichtenden Kritik des Abg. Miquel zur Erscheinung gekommen. Die Bauzinsen, welche von der Stadtbahn gezahlt werden, müßten zwar etatsmäßig zur Ersparnis kommen, aber nicht, wie dies geschehen sei, als Einnahmeposten zu den allgemeinen Staatsfonds, sondern nach dem Wortlaut des Gesetzes, in Gegenrechnung gegen das Bankkapital. Der vom Ministerialdirector Weishaupt verlangte Nachweis der Verabschaffung von Ersparnissen bei den Staatsbahnen sei darum nicht zu erbringen, da in Preußen im Gegensatz zum Reiche kein mit der Landesvertretung vereinbarter Erneuerungspunkt existiert, sondern die Erneuerungen lediglich ein Internum der Regierung sind, welche dieselben je nach ihrem finanziellen Bedürfniss alljährlich modifiziert.

Die Vorlage wird der Rechnungskommission überwiesen.

— Der Nachweis über die Verwendung des im Etat der Eisenbahnverwaltung pro 1877 unter Titel 25 der ehemaligen Ausgaben vorgesehenen Dispositionsfonds von 900.000 Mt. und des in dem Etat pro 1. Quartal 1877 ausgesetzten gleichen Fonds von 225.000 Mt. wird an die Budgetcommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Panzig, 1. November.

Im Abgeordnetenhaus wurden gestern in Folge der Erklärungen, welche der Kriegsminister abgab, alle auf das Pferdeausfuhrverbot bezüglichen Anträge abgelehnt. — Weiter veranlaßten die Uebersichten über die Staatsentnahmen und -Ausgaben von 1876 und vom 1. Quartal 1877 eine längere Discussion. Der Abg. Richter beschuldigte die Regierung, und zwar vorzugsweise den Handelsminister, in schärfster Weise, durch Unterlassung notwendiger Ausgaben und unzulässige Finanzmanipulationen scheinbare Überhöpfen erzielt zu haben, wurde jedoch, außer vom Regierung, abgewichen. Nicht Vernachlässigung der Regierung gegen die Sicherheit und Regelmäßigkeit des Eisenbahnbetriebes habe ich der Regierung vorgesetzt in Bezug auf die Erneuerungen, sondern nur die Verweisung der Ersparnisse auf laufende Fonds statt auf Anleibefonds. Man hat aus laufenden Mitteln für die Eisenbahn nicht so viel erneuert wie der laufende Betrieb aus vorhandenen Kapital zerstört. Privatbahnen würde das nicht gestattet werden. Man hat für laufende Fonds mehr vereinbart aus dem Etat für auswärtige Betriebsmittel und Inventarientücke als man aus laufenden Fonds für die Erneuerung der Betriebsmittel verwendet hat. Das ist allerdings der Anfang eines gewissen Raubsystems. Aufknüpfend an den Überhöhung von 21 Millionen habe ich allein bei den Eisenbahnen 6 Millionen nachgewiesen, welche nur aus verminderter Kapitalanlage gegen den Etat erpart sind. Bei dem Fonds zur Verbesserung der Professorengehälter hat man unter Einsicht von Resten mehr erpart, als der etatmäßige Jahresfonds beträgt. Dem Cultusminister habe ich nicht Mangel an gutem Willen vorgeworfen, sondern die Hindernisse betont, die in dem fehlenden Unterrichtsgesetze für die Verwendung der Fonds liegen. Ausdrücklich habe ich nicht von dem Bevölkerungsverbesserungsfonds der Elementarlehrer — wo man die aufgesammelten Ersparnisse vielleicht im nächsten Jahre einzicht — sondern von dem Fonds für Errichtung neuer Schulstellen gesprochen. 21 Millionen beträgt der Überhöhung; über 10 Millionen Ersparnisse darunter habe ich heute meine Kritik einstweilen eröffnet. Von Ersparnissen aus dem Cultuskampf kam hier von nur eine halbe Million in Frage. Allerdings können die übrigen, hier nicht verrechneten Ersparnisse derart nur nach besonderer gesetzlicher Bestimmung verwendet werden. Die Finanzlage legt die Frage nahe, sie bei den großen Anforderungen für Unterrichtswesen und Erziehung der Volksbildung mit zur Verwendung zu ziehen.

Die heutige „Prov.-Corr.“ bringt eine Befreiung der zweitägigen Verhandlungen über die innere Politik, die mit folgenden Worten schließt: „Die Regierung darf hiernach hoffen, daß die jungen und Mützen, welche sich an die jüngsten Vorgänge im Staatsministerium geknüpft haben, nunmehr ihre Erledigung gefunden haben, und daß ihr bei dem weiteren praktischen Vorgehen zur Durchführung des für die Entwicklung des Vaterlandes hochwichtigen Werkes die patriotische Mitwirkung der Landesvertretung nicht fehlen wird.“

— Eine andere heute ausgegebene offiziöse Notiz sagt: „Die Erklärung des stellvertretenden Ministers des Innern über die Stellung der Regierung zur Verwaltungsreform hat selbstverständlich zunächst nur die allgemeinen Gesichtspunkte der Frage berühren können, der Minister hat es ausdrücklich vorbehalten, einen bestimmten Plan in Bezug auf die weiteren Maßregeln festzustellen. Das Staatsministerium hat bis jetzt nur Beschuß über die Behandlung der Städteordnung gefaßt, nicht über die weiteren positiven Schritte in Bezug auf die Verwaltungsreform.“

Die Fortschrittspartei ist untrüglich über den Ausgang der „großen“ Debatte der vorigen Woche. „So erniedrigt wie jetzt“, ruft die „Voss. Zeit.“ aus, „hat das Abgeordnetenhaus noch nicht dagestanden, seit das preußische Volk in seiner Totalität wieder an den Wahlen teilgenommen und die vormalig verfaßungstreue Partei die Verlezung feierlicher Versprechen und geheiligter Urkunden vergeben hat.“ Das Blatt verwechselt in gewohnter Bescheidenheit das Abgeordnetenhaus mit der Fortschrittsfraktion. Die letztere hat allerdings wohl noch so bedauernswert dagestanden, wie nach dem gewaltigen Anlauf der vorigen Woche. Aber man kann im politischen Leben nicht jene liebenswürdigen Haustyramen nachahmen, welche den Aberg über ihre draußen verübt Thorheiten daheim an den nächsten Verwandten auszulassen pflegen. Wir begreifen sehr wohl, daß die Fortschrittspartei nach der erlittenen unbeschreiblichen Blamage das Bedürfnis empfindet, durch entrüstungsvolles Schmähen auf die „nationalliberale Ära“ das Urtheil des Volkes zu trüben, aber die Thatsachen werden dadurch nicht aus der Welt geschafft. Die Fortschrittspartei hat ihr Misstrauensvotum gegen die Regierung in die Welt geschleudert, ohne der ihr am nächsten stehenden Partei die leiseste Andeutung darüber zu machen. Die Fortschrittspartei wußte, daß die nationalliberale Partei zu einer unzweideutigen Erklärung über die Notwendigkeit der Fortführung der Verwaltungsreform bereit sein würde, aber sie bestand auf einer Resolution, welche die nationalliberale Partei nicht hätte annehmen können, ohne sich selbst den Vorwurf der Frivolität zu machen. Die Speculation war, durch Ueberrumpelung außer der geb

Die Russen machen in Asien sehr bedeutende Fortschritte. Wie der russenfeindliche "Daily Telegraph" meldet, haben sie soeben die Nachhut Muftah Pascha's in Hassan-Kaleh abgeschritten und zwei Battalione gefangen genommen. Die genannte kleine, vernachlässigte Festung liegt in dem oberen Stromgebiete des Araxes am Kala-Su, nur 4½ Meilen östlich von Erzerum an der nach Kars führenden Straße. Nur etwa 1 Meile östlich von Erzerum streicht in nord-südlicher Richtung eine Bergreihe, in welche sich die Türken zurückgezogen haben, um die Hauptstadt Armeniens zu decken. Die Straße Kars-Erzerum windet sich hier durch die Enge von Dede-Bogun (oder Boyon), welche wohl den Hauptpunkt der türkischen Verteidigung zu bilden bestimmt ist. Die Russen sind also jetzt viel weiter vorgerückt, als im Juni vor der unglücklichen Schlacht bei Sewin. Wenn sie nur nicht wieder gar zu früh vorgehen!

#### Deutschland.

△ Berlin, 31. October. Nach dem Gesetz über die Untersuchung von Seefällen sieht den Landesregierungen die Errichtung der Seeämter und die Bestimmung über die Aufsichtsbehörden derselben, dagegen die Abgrenzung ihrer Bezirke dem Bundesrat zu. Der Reichsfanzler hat nun bei dem Bundesrat die Bildung folgender Seeamtsbezirke beantragt: 1) Seeamt Königsberg, die ostpreußische Küste, 2) Seeamt Danzig, die westpreußische Küste, 3) Seeamt Stettin, die Küste der Regierungsbezirke Göslin und Stettin, 4) Seeamt Stralsund, die Küste des Regierungsbezirks Stralsund, 5) Seeamt Rostock, die mecklenburgische Küste von der pommerischen Grenze bis Klützerort, 6) Seeamt Lübeck, die Küste von Klützerort bis Damshöft, 7) Seeamt Flensburg, die schleswig-holsteinische Ostküste von Damshöft bis zur dänischen Grenze, 8) Seeamt Tönning (vorbehaltlich der Bezeichnung eines andern Orts seitens der preußischen Regierung), die schleswig-holsteinische Westküste von der dänischen Grenze bis zur Mündung der Eider einschließlich, 9) Seeamt Hamburg, die Küste vom Südrande der Elde mündung bis zur Westgrenze des Amts Riebzüttel, 10) Seeamt Bremerhaven, die Küste von der Westgrenze des Amts Riebzüttel bis zur Weser inklusive westlichen Ufer, 11) Seeamt Brake, die Küste von den westlichen Ufern der Wesermündung bis zur ostfriesischen Grenze, 12) Seeamt Emden, die ostfriesische Küste.

\* Der Kronprinz wird am Sonnabend, den 3. November, noch an der Hubertus-Parforce-Jagd im Grunewald bei Potsdam teilnehmen und dann am 5. November seine Familie nach Wiesbaden begleiten, woselbst ein Aufenthalt bis kurz vor Weihnachten in Aussicht genommen ist. — Die Ueberseidlung der zur Zeit noch bei Potsdam weilenden Mitglieder der königlichen Familie von dort nach Berlin steht in den nächsten Tagen bevor.

— Im Jahre 1877 sind, wie wir einem dem Abgeordnetenhaus unterbreiteten Nachweise entnehmen, 45 Domänen vorwerke anderweitig verpachtet worden. Von diesen 45 Domänen vorwerken sind 38 gegen einen um 127 087 M. 42 Pf. höheren Pachtzins weggegeben worden, während 7 Vorwerke einen Minderpachtvertrag von 22 650 M. 31 Pf. brachten. Zwei im Jahre 1878 pachtlos werdende Vorwerke, auf welche der Pachtzuschlag bereits erfolgt ist, bringen einen um 35 907 M. 1 Pf. höheren Zins, so daß der jährliche Gesamtmehrtrag aus den Domänen vorwerks-Verpachtungen sich auf 140 344 M. 12 Pf. stellt. Die Pachtniedrigung resultiert in drei Fällen aus der Uebernahme späterer Bauverbindlichkeiten und sonstigen Lasten seitens des neuen Pächters, in drei Fällen aus einer erheblichen Steigerung der Wirtschaftskosten, und in einem Fall aus dem Vermögensverfall des früheren Pächters, welcher die Kündigung des Pachtverhältnisses nötig machte, während der bisherige „sehr hohe“ Pachtzins nicht wieder erlangt werden konnte.

Stettin, 31. October. In Folge der Beleidigung bei der Mittelschaftlichen Privat-Bank wird, wie die „Ostsee-Ztg.“ hört, von Actionären der Pommerschen Provinzial-Zucker-Siederei ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung vorbereitet, die namentlich die Frage der Amts dauer der Verwaltungsräthe auf der Tagesordnung haben wird. — Nach hier eingegangenen Telegramm von dem Deutschen General-Consul Schumacher in Newyork ist das dem von hier durchgegangenen Bankbeamten Hering abgenommene Geld per Post nach hier abgefandt, die Ueberführung des Dieses dagegen ist unmöglich.

#### Österreich-Ungarn.

Wien, 30. October. Der Klub der Linken hat mit Stimmenmehrheit einen Antrag des Abg. Sieg angenommen, dahingehend, es solle zu einer Klubfrage gemacht werden, keinem Antrage zuzustimmen, der auf eine Verschleppung der Berathung des Bankstatuts abzielt. (W. T.)

Prag, 30. October. Man telegraphirt dem „B. B.-G.“: In dem heutigen Feilbietungstermin der ehemals Strousberg'schen Birower Industrialien bestehend aus einer Waggon-Fabrik nebst Arbeiterstadt, einem Puddel- und Walzwerk nebst dazu gehöriger Arbeiterstadt und Hotel sind dieselben heute von einem Consortium Belgischer Industrieller, der Berliner Firma Manczyk u. Schlesinger und Herrn Leopold Grünhut aus Wien erstanden worden.

#### Schweiz.

Bern, 22. Oct. Zwischen dem Finanzconsortium für Aufbringung der Gotthardbahnbau-kapitalien und der Gotthardbahngesellschaft waren seither lebhafte Unterhandlungen über die Garantien im Gange, welche das erste von den letzteren für den Fall verlangt, daß es sich noch zur Abnahme der 4. Obligationenserie im Betrage von 20 Millionen verstehen sollte, welche es bekanntlich wegen der, wie es behauptet, vollständig veränderten Lage der Dinge verweigert hat. Auf die Drohung der Gotthardbahndirection, den Conflict vor den Gerichten zum Ausgleiche zu bringen, hat das Finanzconsortium aus seiner Mitte einen Ausschuk ernannt, welcher mit der Erzielung eines friedlichen Verständnisses beauftragt ist und letzten Mittwoch mit der Gotthardbahndirection bereits eine Zusammenkunft zu diesem Zwecke in Luzern gehabt hat; wie es scheint, ist jedoch ein solches Verständniß bis jetzt noch nicht erzielt worden, ja man versichert sogar, daß von beiden Parteien die Advokaten be-

reits ernannt worden seien, welche ihre Sache vor den Gerichten führen sollen.

#### Frankreich.

Paris, 29. Oct. Die gestrigen Stichwahlen sind ungefähr so ausgefallen, wie man allgemein erwartet hatte. Die Regierung hatte in 15 Bezirken die Wahlen ausgeschrieben; in drei Wahlbezirken, im Gers, in der Ille-Vallaine und im Cantal, beteiligten sich die Republikaner nicht an den Wahlen, da sie ihre erste Wahl (am 14. October) für endgültig hielten. In den übrigen zwölf Wahlbezirken wurden acht officielle und vier republikanische Kandidaten gewählt. Die republikanische Mehrheit verlor die gewesenen Deputirten Marcel Barthé, Bottard und Gudin (sein Wahlbezirk ist Chateau Chinon), wo Gambetta seine lezte Rede also umsonst gehalten hat. Die reactionäre Coalition verlor den General Allard (Deux Sèvres), wo ihn Failliére ersetzte, sowie die Ex-Deputirten de Valaby, Delacour und Dutilleul, welche beiden letzteren zur sogenannten constitutionellen Partei gehörten. Die gestern gewählten zwölf Deputirten sind: Garrigat, Fibèle Simon, Bizot de Fontenay (alle drei Republikaner und ehemalige Deputirte), Ganne (neu gewählter Republikaner), Etignard (gewesener monarchistischer Deputirter), Gaubin (gewesener bonapartistischer Deputirter), Joret-Descloisères, Charlemagne, de Goffe-Briac, d'Espeulle (neue bonapartistische Deputirte), Baboul d'Ustrac und de Luppé (neue monarchistische Deputirte). In den zwölf Bezirken, wo die republikanischen Kandidaten auftraten, sind die Ergebnisse im Vergleich zu denen vom 14. Octbr. folgende: 14. Octbr. Stimmende: 200 548; 80 928 republikanische Stimmen; 115 029 reactionäre Stimmen. 28. October. Stimmende: 195 050; 90 005 republikanische Stimmen; 111 749 reactionäre Stimmen. Es stimmten also am 28. October 5489 Wähler weniger, als am 14. Octbr. und ungeachtet dessen gewannen die Republikaner 9077 Stimmen, während die Coalition 2280 verlor. Die 526 Deputirten, die bis jetzt endgültig gewählt sind, vertheilten sich folgender Maßen: 318 Republikaner, 112 Bonapartisten, 96 Monarchisten.

Wenn man den Republikanern die drei bestreiteten Sitze und die vier Sitze der Colonieen, die ihnen sicher sind, zuschreibt, so wird deren Zahl in der nächsten Kammer 325 betragen, also eine absolute Mehrheit von 117 Stimmen auf ihrer Seite sein. Die Coalition wird über 208 Stimmen verfügen. — Das Journal „Français“ bezeichnet die Gerüchte, nach welchen der Marshall Mac Mahon, ohne seiner Verpflichtung eingedient zu sein, die seit dem 16. Mai angestellten Beamten opfern werde, für unbegründet und erklärt, die Conservativen könnten darauf rechnen, daß der Marshall alle seine Versprechen halten werde. — Rouher ist in Folge der Aufregung, welche die Wahlcampagne mit sich gebracht hat, ernstlich erkrankt. In Paris sagte man ihn bereits tot, indeß soll sein Zustand nicht bedenklich sein.

— 31. Octbr. Der Justizminister, Herzog o. Broglie, hat Paul Cassagnac die zweimonatliche Gefängnisstrafe, zu welcher er wegen Schmähung der Deputirtenkammer verurtheilt war, erlassen. — Der Vorstand des linken Centrums der aufgelösten Kammer hat die neu gewählten Deputirten dieser Richtung für nächsten Montag zu einer ersten Besprechung eingeladen. (W. T.)

#### Italien.

Rom, 30. October. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Wechsel im Kabinett Depretis und Erziehung desselben durch ein Kabinet Crispini werden von unterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet.

(W. T.)

#### England.

London, 30. Oct. Das Herannahen des Novembers ist für die englische Journalistik ein willkommenes Ereigniß. Der October war für das Land recht eintönig; nun aber verspricht die Politik wieder in den Bordergrund zu treten.

Lord Hartington wird wohl den Reigen der Redner eröffnen, und zwar in Edinburg und Glasgow.

Es ist sogar von der Entfaltung eines neuen Parteiprogramms die Rede, was wohl eine etwas

föhne Prophezeiung ist. Lord Hartington ist sonst

nicht groß im Entwerfen von Parteiprogrammen und in der Erfindung von Parteischlachtrüthen;

seine charakteristische Eigenschaft ist Tact verbunden

mit gefundem Menschenverständ. Ergeht er sich im

Entwerfen von Programmen, so wird wohl

der Hauptpunkt die Ausdehnung des Wahlrechts in ländlichen Bezirken betreffen. Daran könnte sich eine Befürwortung der Ausdehnung der Gemeindereformen knüpfen. Sein entchiedener

Anschluß an die Trevelyan'sche Partei überraschte

in letzter Session, und man wird nun beobachten,

ob er standfest dabei geblieben ist.

Wenige Tage nach dem Debut Hartington's folgt

das Lord Mayors-Banket mit den übrigen Ministerreden und überdies bringt der November

kalendermäßig die Cabinetsräthe mit sich. — Die

Radel der Kleopatra liegt noch immer in Ferrol im sichern Hafen und vor der Hand wird

wie auch wohl noch länger dort verbleiben,

wenigstens bis das Admiraltätsgericht über die

Höhe des Rettungsholns entschieden haben wird.

Das ist eine Ausgabe, auf welche Crasius Wilson

nicht gerechnet hatte, und in der That erscheint es

etwas boshaft, daß er nach bereits hemmener

Freigiebigkeit sich noch einer weiteren ziemlich

starken Blutung unterwerfen soll. Die Rettier verlangen den höchsten Finderlohn. Diron, welcher

das Transportschiff gebaut hat, hat ein Gegen-

gebot gemacht; dies haben die Eigentümmer des

„Tizmaurice“ indessen abgelehnt. Der Entscheid

steht nunmehr bei dem Admiraltätsgericht.

#### Rußland.

Warschau, 30. Oct. In Folge des überaus niedrigen Courses der russischen Valuta bereisen zahlreiche ausländische Kaufleute das Königreich Polen, um Massen von Getreide aufzukaufen die sofort per Eisenbahn über die Grenze transportiert werden. Diese Getreidekäufe werden mit großer Eile betrieben, weil das Gerücht verbreitet ist, die Regierung werde nächstens des Kriegsbedarfes wegen die Getreideausfuhr nach dem Auslande verbieten. Sollte das Gerücht in Erfüllung gehen, was allerdings sehr wahrscheinlich ist, so würde das eine große wirtschaftliche Calamität für unsere Landwirthschaft und das ganze Land sein.

#### Türkei.

Konstantinopol, 30. Oct. Gestern fand bei dem Patriarchen Hassoun eine Versammlung von katholisch-armenischen Notabeln statt, um zwischen

der Partei Kupelian's und Hassoun's eine Verständigung herbeizuführen. (W. T.)

#### Amerika.

New-York, 30. October. Zum Gesandten der Union in London ist Welsh (Pennsylvania) ernannt worden; zur Ernennung von Stoughton zum Gesandten in Petersburg und von Hassoun in Wien hat der Senat seine Zustimmung ertheilt. (W. T.)

#### Nachrichten vom Kriegsschankplatz.

London, 31. Oct. Über den am 24. d. um die türkischen Befestigungen auf der Straße von Plewna nach Sofia stattgehabten Kampf bringt die „Times“ noch folgende Mittheilungen: An der Schlacht nahmen 12 000—14 000 Russen, meist zu den Garde-Regimentern gehörig. Theil. Die Türken verloren, von den Verwundeten abgesehen, 4000 Mann an Todten und 4000 Gefangene. Die Russen zeigten die größte Tapferkeit und ertrümmerten bei einem dritten verzweifelten Angriff die türkischen Positionen. Die Russen wurden von den Türken durch Aufstellen der Parlamentärflagge zwei Mal in mörderisches Feuer gelockt.

Konstantinopol, 30. October. Suleiman Pascha meldet unter dem Gesetz, eine russische Abtheilung, die sich auf einer Slobosia gegenüber gelegenen Insel gezeigt habe, sei zurückgewiesen worden, daß Feuer des Feindes auf Russland keinen Schaden, russische Cavallerie- und Infanterieregimenter hätten Bursa, zwei andere Gulchow in der Nähe von Solonik besetzt. — Nach einem Telegramm Neuf Paschas aus Schipka von gestern wurde ein von etwa 1000 Bulgaren gegen die Befestigungen von Maraguedix gemacht. Angriff zurückgewiesen. Die Bulgaren hatten 10 Tote. Ferner habe ein zur Reconnoissirung des Passes von Turpan ausgesendeter tscherkessischer Kavallerie-trupp etwa 1500 Bulgaren unter Tschakowass angegriffen. Die Bulgaren hätten 600 Mann verloren, die Tschakessen 1120 Stück Vieh erbeutet.

#### Danzig, 1. November.

\* Wie uns unser Berliner △-Correspondent (siehe oben) mittheilt, ist in einem Antrage des Reichsfanzlers an den Bundesrat die Errichtung von Seeämtern in Königsberg für die ostpreußische und in Danzig für die westpreußische Küste in Aussicht genommen.

\* In dem Gesetzentwurf, betreffend eine Anleihe von 126 Mill. M. zu Staatsbauten, sind u. A. gefordert:

1/2 Mill. M. zu dem Bau eines Dikasterialgebäudes in Danzig und zum Erwerbe des dazu erforderlichen Bauplatzes auf Neugarten. In den Erläuterungen ist ausgeführt, daß die Räumlichkeiten in dem bisherigen Regierungsgebäude schon jetzt nicht ausreichen, vollends aber umzureichen sein würden, wenn die Provinzialschöpfer, das Oberpräsidium, das Prov. Schul- und Medizinal-collegium darin unterzubringen. Eine Erweiterung des jetzigen Regierungsgebäudes sei durch den Mangel an Raum zum Bauen ausgeschlossen. Neugarten ist für den Neubau namentlich in Rücksicht auf das bereits befindliche Regierungs-Präsidial-Gebäude gewählt. Ein vollständiges Bauproject hat noch nicht aufgestellt werden können, da mehrere Grundstücke auf Neugarten in Frage kommen und die Verhandlungen über die Käuflichkeit derselben noch nicht abgeschlossen sind. Das bisherige Regierungsgebäude soll dann für die Verwaltung der indirekten Steuern bestimmt werden, für welche die jetzigen Räumlichkeiten nicht mehr ausreichen, so daß schon im Etat für 1875 156 000 M. für Erweiterungsbauden gefordert wurden, die nun unterbleiben würden.

Für den Neubau des staatlichen Gymnasiums werden 290 000 M. ausgelegt. Das jetzige Gebäude soll zur Directorwohnung eingerichtet, und im Garten das Klassenzimmer und die Turnhalle gebaut werden.

Zum Neubau eines Gerichtsgebäudes in Berent werden 108 920 M., zu dem des Gymnasiums in Graudenz 280 000 M., zu dem der Seminarinternat in Löbau und Tschel je 340 000 M. aus der Anleihe beansprucht.

Für den Hafen von Neufahrwasser werden 1 410 000 M. bestimmt. Von dem Schlussanschlage für das Hafenbauplatz im Betrage von 2 180 000 M. sind 368 400 M. bereits durch frühere Bewilligungen bereit gestellt, 400 000 M. in dem Etatsentwurf für 1878/79 angezeigt, mithin noch rund die 1 410 000 M. zu beschaffen. Der Bau soll in vier Jahren vollendet sein.

Für die hinterpommerschen Häfen werden 1 700 000 M. verlangt, die noch an der für den Bau veranschlagten Summe von 2 811 070 M. fehlen. Der Bau soll in 5 Jahren fertig sein.

Für die Canalisation der unteren Brahe werden 557 000 M. zur dauernden Verbesserung des Bromberger Canals 358 000 M., zur Regulirung der Ströme (Memel, Weichsel und Nogat, Warthe, Neiße, Odra, Oder, Havel, Spree, Elbe, Weißer, Ems, Rhein und Mosel) 10 Mill. M. von der Anleihe bestimmt. Für den letzten Zweck soll das Extraordinarium im Etat außerdem für 5 Jahre jährlich um 2 Mill. M. verfügt werden.

Neuerer Bestimmung zufolge dürfen Personen, welche das nach den Landesgesetzen für die Eidesmündigkeit festgelegte Lebensalter noch nicht erreicht haben, für den Postdienst nicht angenommen werden. Als Schreibegehilfen bei Postämtern dritter Classe und bei Postagenturen können indeß auch solche Personen beschäftigt werden, welche noch nicht eidesmündig sind. Die am 1. October 1879 in Gesetzeskraft übergehenden Reichs-Prozeßordnungen nehmen das vollendete sechzehnte Lebensjahr als Eidesmündigkeits-Alter an.

\* Während des Monats October sind auf dem hiesigen Standesamte 367 Geburten, 247 Todessfälle und 137 Hochzeiten eingetragen worden.

\* [Polizei-bericht vom 1. November.] Verhaftet: der Arbeiter M. wegen Hausfriedensbruchs; der Arbeiter W. wegen groben Unfugs; der Kellner B. wegen Betruges, derselbe hatte sich eine Liste auf den Namen der Weber'schen Buchhandlung gefertigt und ging auf diese Abonnenten für einen Lesezettel suchen.

In 5 Fällen ist es dem B. gelungen, 15 M. zu erschwinden; der Arbeiter S. wegen Beleidigung und Angriffs gegen einen Beamten im Dienst; 2 Bettler, 17 Obdachlose, 3 Dirnen, 1 Betrunkenen. —



# Beilage zu Nr. 10632 der Danziger Zeitung.

Danzig, 1. November 1877.

Danzig, 1. November.

Von dem Reichs-Patentamt werden die betreffenden industriellen Kreise darauf aufmerksam gemacht, daß behufs Übertragung von Landespatenten in Reichspatente sämtliche noch vorhandene deutsche Patente samt Beschreibung und Zeichnung an das Reichspatentamt eingezendet werden müssen.

\* Die dem Hofbesitzer Heuse gehörige in Schönau bei Marienburg legende Befürchtung ist von dem Rentier M. Lehre in Danzig läufig zum Preise von 43500 fl. erworben.

Königsberg, 31. October. In Betreff des Projects des Baues einer Eisenbahn zwischen Königsberg und Cranz sind neuerdings wieder genaue Erhebungen über den Verkehr auf dieser Straße vorgenommen worden. Wie die „R. S. Z.“ erfährt, sollen dieselben ein für das Project sehr günstiges Resultat ergeben haben. — Die Lachsfischei bei Cranz ist bis jetzt sehr wenig ergiebig gewesen, denn in acht Tagen haben die Fischer nur fünf dieser Fische im Gewicht von 18 bis 25 Pfund gefangen. — Der „Ostpr. Ztg.“ zufolge wird das ostpreußische Provinzialschiffenfest, das zweite der Reihe nach, im nächsten Jahre in Pillau abgehalten werden.

## Bermischtes.

Stettin, 30. Oct. Die hiesige Firma Schütt & Ahrens, die eine Zweigniederlassung in Danzig besitzt, hat bei Gelegenheit einer kürzlich in Detmold abgehaltenen landwirtschaftlichen Ausstellung für einen Patent-Pferderücken Wissner'scher Construction eine silberne Medaille erhalten, welche im Jahre 1793 unter der Regierung des ersten Fürsten zur Lippe (Friedrich Wilhelm Leopold) geprägt ist. Die Medaille zeigt in büßischer Prägung auf der einen Seite das Lippische Staatswappen und auf der anderen, von einem Eichenkranze umgeben, die Inschrift: „Dem guten Landwirt.“ Wenn auch Sparsamkeit als Grund dafür angenommen werden darf, daß die 1793er Medaille jetzt noch in Gebrauch ist, — wie das Aenzzere der Medaille besagt, ist dieselbe nicht vielleicht kürzlich aus der alten Stanze neu geprägt worden, sondern stammt wirklich aus so alter Zeit — so macht doch andererseits gerade das hohe Alter der Denkmünze dieselbe für ihren Empfänger doppelt interessant.

Berlin. Dieser Tage ist der Vertrag perfect geworden, demzufolge Frau Etelfka Gerster-Gardini in der Zeit vom 21. März bis 11. April kommenden Jahres sechsmal im königlichen Opernhaus als Gast auftreten wird. — Ihr Hofmeister von unserer Hofoper hat, ebenso wie ihr Verlobter, hr. Sachse, einen Antrag an die Dresdener Hofoper erhalten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Brautpaar in der Lage sein, denselben anzunehmen, da hier die Lösung eines Contrates veranlaßlich bewirkt werden wird. Von Dresden aus ist ihnen zusammen ein Gehalt von 30 000 fl. jährlich angeboten worden.

Gegen einen Berliner Kaufmann war von Kunden, die von ihm ihren Petroleumbedarf bezogen, Anzeige gemacht, daß seit einiger Zeit ihr Petroleum

fast gar nicht brenne oder doch sehr schnell aufgezehr sei. Das Petroleum wurde in Folge dessen seitens der Behörde untersucht und es stellte sich die größte Verfälschung heraus; dem Petroleum waren etwa 50 Prozent Wasser beigemischt. Der Kaufmann wird sich über diese Geschäftspraxis auf der Anklagebank zu verantworten haben.

Der in Moskau verurtheilte und bekanntlich von dort vor einiger Zeit flüchtig gewordene ehemalige Director der Moskauer Commerz-Leibbank, Landau, befindet sich der „Trib.“ zufolge gegenwärtig in Berlin, von wo aus er seinen Angehörigen seine glückliche Ankunft telegraphisch gemeldet hat. Wie die „Russ. Ztg.“, welche diese Nachricht bringt, hinauffügt, ist der russische Polizeibeamte Levtoski, welcher mit der Überwachung Landau's betraut war, verhaftet worden.

## Meteorologische Depesche vom 31. October.

Uhr.	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C. Br.
8	Aberdeen . . .	752,6 WSW	leicht	wolkig 6,7 <sup>1)</sup>
8	Copenhagen . . .	743,4 SSO	stark	Regen 9,5
8	Stockholm . . .	751,7 S	mäßig	Nebel 7,1
8	Haparanda . . .	759,0 WSW	mäßig	bed. 2,2
7	Petersburg . . .	766,3 SSO	leicht	Nebel 5,0
7	Moskau . . .	—	—	—
8	Cort . . .	767,1 W	schwach	h. bed. 10,0 <sup>2)</sup>
8	Brest . . .	771,5 NW	schwach	bed. 12,0 <sup>3)</sup>
8	Helber . . .	756,0 WNW	frisch	bed. 12,0
8	Sylt . . .	746,3 NW	frisch	Regen 11,2
8	Hamburg . . .	749,8 W	stark	bed. 12,5
8	Swinemünde . . .	749,0 SW	stark	Regen 9,7 <sup>4)</sup>
8	Neufahrwasser . . .	753,9 S	mäßig	Dunst 5,7 <sup>5)</sup>
8	Memel . . .	757,2 SS	frisch	wollig 7,1 <sup>6)</sup>
7	Paris . . .	768,0 WNW	schwach	bed. 15,2
7	Trefeld . . .	758,7 NW	stark	bed. 12,5
7	Karlsruhe . . .	761,7 SW	Sturm	bed. 15,4 <sup>7)</sup>
7	Wiesbaden . . .	759,3 W	mäßig	wollig 14,5
7	Cassel . . .	757,2 W	leicht	wollenl 12,8
7	München . . .	763,0 SW	mäßig	bed. 10,3
7	Leipzig . . .	755,6 SW	frisch	wollig 12,6 <sup>8)</sup>
7	Berlin . . .	752,2 S	mäßig	Regen 11,8 <sup>9)</sup>
7	Wien . . .	763,5 —	stille	wollig 6,9
7	Breslau . . .	757,9 SSO	frisch	Regen 8,9

<sup>1)</sup> See rubig. <sup>2)</sup> Seegang mäßig. <sup>3)</sup> See unruhig. <sup>4)</sup> Abends und Nachts Regen. <sup>5)</sup> Trübe. <sup>6)</sup> Seegang mäßig. <sup>7)</sup> Nachts Regen. <sup>8)</sup> Nachmittags Regen. <sup>9)</sup> Gestern Regen.

Ein tiefes barometrisches Minimum (741 mm.), das Abends in Schottland lag, bat sich schnell nach dem Skagerrak fortgesetzt, während in Irland das Barometer sehr stark gestiegen ist. Mit dem Fortschreiten der Depression treten vor derselben starke südliche, dann nach West und Nordwest umgehende Winde ein; erstere herrschen jetzt noch an der Ostsee, letztere wehen in der Helgolander Bucht in heftigen Böen, auf den britischen Inseln aber nur noch schwach, mit schönem kühlem Wetter, während in Deutschland und Osteuropa größtentheils regnerisches, warmes Wetter herrscht.

Deutsche Seewarte.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Bremen, 31. Octbr. (Schlußbericht.) Petroleum fest. Standard white loco 12,55, vor Novbr. 12,55, vor Dez. 12,75, vor Jan. 12,95. Alles bezahlt.

Frankfurt a. M., 31. Octbr. Effecten-Societät. Creditactien 179 $\frac{1}{4}$ , Franzosen 221 $\frac{1}{4}$ , Galizier 210 $\frac{1}{4}$ , Lombarden 65 excl., Goldrente 63 $\frac{1}{2}$ . Wenig Geschäfte.

Amsterdam, 31. Octbr. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, vor März 319. — Roggen loco still, auf Termine unverändert, vor October 177, vor März 190. — Raps vor Herbst 449 fl. — Rübbi loco 42 $\frac{1}{4}$ , vor Herbst 42, vor Mai 43. — Wetter: Veränderlich.

Wien, 31. Oct. (Schlußcourse.) Papierrente 6 $\frac{1}{2}$ %, Silbern. 66,90, Goldrente 74,40, 1854r Loos 106,50

1861r. 100, 1864r. Loos 133,50, Creditloose 161,50, Ungar. Brämenloose 79,20, Creditactien 212,90, Franzosen 260,00, Ralchau-Oberberg. 105,20, Vardub. 93,50, Nordwest. 108,75, Elisabethbahn 168,00, Nordbahn 1910,00, Nationalbahn 828,00, Türkische Linie 14,50, Unionbau 62,50, Anglo-Austria 828,00, Berliner Weddel 57,70, Londoner do. 118,50, Hamburger do. 57,70, Pariser do. 47,30, Frankfurter do. 57,70, Amsterdamer do. 98,25, Napoleons 9,04%, Dulaten 5,65, Silbercoupons 104,70, Marknoten 58,47 $\frac{1}{2}$ .

London, 31. Octbr. (Schluß-Course.) Consols 96 $\frac{1}{2}$ %, 5% Italienische Rente 71 $\frac{1}{4}$ %, Lombarden 6 $\frac{1}{2}$ %, 3% Lombarden-Prioritäten alte 9%, 5% Lomb.-Priorit. neue 9, 5% Russen de 1871 76, 5% Russen de 1872 75 $\frac{1}{4}$ , Silber 54 $\frac{1}{2}$ , Türkische Anleihe de 1865 10, 5% Türken de 1869 10%, Vereinigte Staaten 7% 1885 —, 5% Vereinigte Staaten 5% fundierte 106 $\frac{1}{4}$ , Österreichische Silberrente 57, Österreichische Papierrente 55, 5% ungar. Schatzbonds 95, 5% ungarische Schatzbonds 2, Emission 86 $\frac{1}{4}$ , 5% Bernauer 13 $\frac{1}{4}$ , Spanier 12 $\frac{1}{4}$ , 5% Russen de 1873 77 $\frac{1}{2}$ , Platzdistanz 3% 5% Aus der Bank flossen heute 116 000 Pfd. Sterl.

London, 31. Oct. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen sehr träge, fremder williger, angekommene Ladungen ohne Nachfrage. Mehl schlepend. Futterfrüchte stetig. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 42 200, Gerste 2400, Hafer 18 260 Qtrs. — Wetter: Brachwoll.

Paris, 31. Oktober. (Schlußbericht.) 3% Rente 70,55, Alethe de 1872 106,72 $\frac{1}{4}$ , Italienische 5% Rente 71,75, Österreich. Goldrente 63,06, Italienische Tabak-Obligationen —, Franzosen 557,50, Lombardische Eisenbahn-Aktionen 163,75, Lombardische Prioritäten 228,00, Türken de 1865 10,05, Türken de 1869 49,00, Türkentreloose 31,50, Credit mobilier 153, Spanier exter. 12 $\frac{1}{4}$ , do. inter. 11 $\frac{1}{4}$ , Suezcanal-Aktion 696, Banque ottomane 361, Société générale 475, Credit foncier 646, neue Egypte 168.

Wechsel auf London 25,16 $\frac{1}{2}$  — Börse ruh, Schluß fest.

Paris, 31. Oktober. Productenmarkt. Weizen

Nov.-Febr. 32,25, vor Januar-April 32,25, Mehl ruhig, vor Oct. 69,75, vor Nov.-Dez. 69,25, vor Nov.-Februar 69,50, vor Jan.-April 69,50, Rübbi weichend, vor Octbr. 100,00, vor Novbr. 99,50, vor Dezbr. 100,00, vor Januar-April 100,75, Spiritus ruhig, vor Ottbr. 57,75, vor Jan.-April 60,00.

Liverpool, 31. Oktober. (Baumwolle.) (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 B. Matt. Amerikaner aus irgend einem Hafen Dezbr.-Januar-Lieferung 67 $\frac{1}{2}$ . — Midd. Uppland 6%, fair Dholera 5%, fair Donra 5 $\frac{1}{4}$ .

Antwerpen, 31. Oktober. (Getreidemarkt.) geschäftslos. — Petroleum am Markt (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 31 bez., 31 $\frac{1}{4}$  Br., vor Nobbr. 31 bez., 31 $\frac{1}{4}$  Br., vor Dezbr. 32 bez., 32 $\frac{1}{4}$  Br., vor Febr. 32 Br. — Ruhig.

Newyork, 30. Octbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 C. Goldagio 2 $\frac{1}{2}$ , 5 $\frac{1}{2}$  Bonds vor 1885 —, do. 5% fundierte 107 $\frac{1}{2}$ , 5 $\frac{1}{2}$  Bonds vor 1887 108 $\frac{1}{2}$ , Griebahn 12%, Central-Pacific 106 $\frac{1}{2}$ , Newyork Centralbahn 106 $\frac{1}{2}$ . Höchste Notierung des Goldagios 2 $\frac{1}{2}$ , niedrigste 2 $\frac{1}{2}$ . — Warenbericht. Baumwolle in Newyork 11 $\frac{1}{4}$ , do. in New-Orleans 10 $\frac{1}{4}$ , Petroleum in Newyork 13 $\frac{1}{4}$ , do. in Philadelphia 13 $\frac{1}{4}$ , Mehl 5 D. 40 C., Mother Winterweizen 1 D. 41 C., Mais (old mixed) 62 C., Buder (fair refining Muscovados) 8, Kaffee (Rios) 18 $\frac{1}{2}$ , Schmalz (Marke Wilcox) 9 $\frac{1}{2}$  C., Speck (short clear) 8 $\frac{1}{4}$  C., Getreidefracht 7.

## Schiff-Ekte.

Neufahrwasser 31. Oct. Wind: S.

Angelommen: Sophie (SD), Hansson, Gothenburg, leer — Bellona, Lübeck, Grimslby, Koblenz.

Gefegelt: Mary G. Ray, Blyth, London, Holz, Agdanaes (SD), Major, Drontheim, Getreide. — Braemar (SD), Connan, Rotterdam, Getreide.

1. November. Wind: W.

Angelommen: Alpha (SD), Tretan, Kiel, leer. Laura, Smith, Copenhagen, Ballast.

Ankommen: 1 Bark, 1 Schooner, 1 Jachtgaleas.

Thorn, 31. Oct. Wasserstand 1 Fuß 8 Zoll.

Wind: SW. Wetter: anhaltend Regen.

Von Danzig nach Plock: Kurth (mit 2 Käbnen), Eysen u. Pincus, Kleemann, Löwenstein, Siedsalz, Petroleum.

Stromab: Grab, Fajans, Bakoczin, Danzig, 1 Kahn, 840 fl. 58 fl. Weizen, 363 fl. 84 fl. Roggen, Gorszta, Buss, Thorn, Grandenz, 1 Kahn, 800 fl. Steine.

## Productenmärkte.

Königsberg, 31. Octbr. (v. Portarius & Groth.) Weizen 7100 Kilo hochunter 122/3 fl. 188,25, 123 fl. 290, 125 fl. 203,50, 125/6 fl. 195,25, 128 fl. 211,75, 128/9 fl. 223,50, russ. 119 fl. 176,50, 121 fl. 188,25 M. bez., bunter russ. 118/9 fl. 169,50 M. bez., rother 124/5 fl. 188,25, russ.

